



# Amtsblatt für die Stadt Vreden



12. Jahrgang	Ausgegeben zu Vreden am 09. Dezember 2022	Nummer 13/2022
--------------	-------------------------------------------	----------------

<b>Datum:</b>	<b>Inhalt:</b>	<b>Seite:</b>
05.12.2022	Allgemeinverfügung der Stadt Vreden über das Alkoholkonsumverbot am Busbahnhof sowie auf dem „Garten der Ruhe“	S. 2
08.12.2022	Bekanntmachung 20. Sitzung des Rates der Stadt Vreden am Freitag, 16. Dezember 2022, 17:00 Uhr, im Großen Sitzungssaal des Rathauses, Burgstraße 14	S. 8

Herausgeber: Der Bürgermeister der Stadt Vreden, Burgstraße 14, 48691 Vreden

Vertrieb: Das Amtsblatt liegt im Bürgerbüro des Rathauses der Stadt Vreden zur kostenlosen Mitnahme aus.

Zusätzlich können die Amtsblätter im Internet unter [www.vreden.de](http://www.vreden.de) kostenlos abgerufen werden.



## Stadt Vreden

**Allgemeinverfügung  
der Stadt Vreden  
über das Alkoholkonsumverbot  
am Busbahnhof sowie  
auf dem „Garten der Ruhe“**

Die Stadt Vreden erlässt als örtliche Ordnungsbehörde gemäß §§ 1, 4, 5, 14 des Gesetzes über den Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) folgende Allgemeinverfügung:

1. Der Konsum von alkoholischen Getränken oder anderen berauschenden Mitteln sowie der Aufenthalt in einem nach außen deutlich sichtbarem Rauschzustand ist in den nachfolgenden räumlichen Geltungsbereichen dieser Allgemeinverfügung untersagt:
  - a. Im gesamten Bereich rund um den sog. „Neuen Busbahnhof“ am Viehmarkt, begrenzt durch die Wüllener Straße und die Ostendarper Straße (*genaue räumliche Abgrenzung siehe Kartenauszug in der Anlage*).
  - b. Im gesamten Bereich des „Alten Friedhofes“ (sog. Garten der Ruhe) entlang der Straße Am Alten Friedhof, begrenzt durch die Ostendarper Straße und die Straße Schabbecke (*genaue räumliche Abgrenzung siehe Kartenauszug in der Anlage*).

Die Stadt Vreden kann im Einzelfall Ausnahmen von dieser Verfügung zulassen.

Das Verbot gilt nicht für Bereiche, die nach dem Gaststättenrecht konzessioniert sind sowie bei der Durchführung traditioneller Veranstaltungen der Stadt Vreden, wie beispielsweise die Vredener Kirmes.

2. Diese Allgemeinverfügung gilt ab dem 01.01.2023 und wird befristet bis zum 31.12.2023.
3. Die sofortige Vollziehung der Ziffer 1 der Allgemeinverfügung wird angeordnet.

Diese Verfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekanntgeben.

## **Begründung**

### **1. Sachliche Begründung**

Die zuständige Ordnungsbehörde musste wiederholt feststellen, dass sich Einzelpersonen und Personengruppen in den unter Ziffer 1 dieser Allgemeinverfügung genannten Bereichen zusammenfanden, um dort tlw. exzessiv Alkohol zu konsumieren.

Mit dem hohen Alkoholkonsum sank bei diesen Personengruppen die verhaltensrelevante Hemmschwelle, so dass sie wiederholt durch ihr lautstarkes Auftreten und trunkenheitsbedingtes Verhalten Anwohner und Passanten belästigten. Ferner versetzte das Verhalten dieser Personengruppen viele Bürger in Angstzustände, in deren Folge Bürger diese „Angstbereiche“ immer öfter mieden.

Für Kinder und Jugendliche (insbesondere Schüler) stellt der Bereich des Busbahnhofes dadurch einen sog. „jugendgefährdenden Ort“ i.S.d. § 8 Jugendschutzgesetz – JuSchG dar, an dem ihnen eine unmittelbare Gefahr für das körperliche, geistige oder seelische Wohl droht.

Weiterhin blockieren die zum Teil stark alkoholisierten Personengruppen über längere Zeiträume Sitzplätze und öffentliche sanitäre Einrichtungen. Teilweise werden sanitäre Einrichtungen beschädigt oder so manipuliert, dass sie nichtmehr nutzbar sind.

Darüber hinaus verunreinigen diese Personen öffentliche Verkehrsflächen und Anlagen, sodass bereits mehrere Beschwerden über zurückliegende Bierflaschen, Scherben und sonstigen Verunreinigen bei der Stadt Vreden eingingen.

Ferner verrichten immer wieder alkoholisierte Personen ihre Notdurft auf dem anliegenden „alten Friedhof“ (Garten der Ruhe).

Die bisherige Allgemeinverfügung vom 06.12.2021 ist bis zum 31.12.2022 befristet. Die Situation am Busbahnhof und am „Garten der Ruhe“ hat sich durch die bisherige Allgemeinverfügung stark verbessert. Es ist allerdings zu befürchten, dass ohne eine über den 31.12.2022 hinaus bestehende Allgemeinverfügung die Beschwerden wieder zunehmen werden. Der Alkoholkonsum, der Konsum von berauschenden Mitteln und die daraus entstehenden Belästigungen stellen in diesem Bereich eine Gefahr für die Allgemeinheit dar. Daher wird angeordnet, die Allgemeinverfügung zunächst bis zum 31.12.2023 zu verlängern.

### **2. Rechtliche Begründung**

Gemäß § 14 Abs. 1 OBG können die Ordnungsbehörden die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Fall bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung (Gefahr) abzuwehren.

Eine so beschriebene Gefahr ist eine Sachlage, bei der die hinreichende Wahrscheinlichkeit besteht, dass in absehbarer Zeit ein Schaden für die öffentliche Sicherheit entsteht. Die öffentliche Sicherheit umfasst dabei die Einhaltung der Rechtsordnung, den Schutz von Individualrechtsgütern Dritter sowie den Staat und seine Einrichtungen.

Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, wenn – wie oben geschildert – strafrechtliche oder ordnungsrechtliche Vorschriften verletzt werden. Darüber hinaus können Gefahren für andere Personen entstehen, z. B. durch erhebliche Sachbeschädigungen. Die öffentliche

Sicherheit ist durch die drohenden Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Konsum und Mitführen von alkoholhaltigen Getränken begangen werden, beeinträchtigt.

Die öffentliche Ordnung umfasst den Inbegriff der Normen, deren Befolgung nach den jeweils herrschenden sozialen und ethischen Anschauungen als unentbehrliche Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander von der überwiegenden Bevölkerung angesehen wird.

Die öffentliche Ordnung ist beeinträchtigt, da die alkoholenhemmten Verhaltensweisen nicht den gesellschaftlich akzeptierten Verhaltensweisen der überwiegenden Bevölkerung entsprechen.

Ziel des angeordneten Konsumverbotes von Alkohol und anderen berauschenden Mitteln sowie eines Aufenthaltsverbotes im deutlich sichtbaren Rauschzustand im oben genannten Geltungsbereich ist einerseits die Verhinderung von Beschädigungen und Verunreinigungen. Andererseits sollen Benutzer der öffentlichen Anlagen – insbesondere Kinder und ältere Menschen – vor Gefährdungen oder Belästigungen durch das Verhalten von alkoholisierten Personen geschützt werden. Durch das Verbot soll der Jugendschutz weiter gewahrt werden und verhindert werden, dass sich ein jugendgefährdender Ort im Sinne von § 8 Jugendschutzgesetz (JuSchG) verfestigt.

Alkoholisierte Personen in den oben genannten Bereichen stellen aus diesen Gründen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar.

Eine Verbotsregelung als Einzelfallentscheidung ist wegen des oft wechselnden Personenkreises und des damit nicht individualisierbaren Regelungsadressaten nicht möglich.

Adressat einer Verbotsregelung ist vielmehr ein nach allgemeinen Merkmalen bestimmter oder bestimmbarer Personenkreis.

Daher ergeht die Verfügung als Allgemeinverfügung gemäß § 35 Satz 2 des VwVfG.

Die adressatenbezogene Allgemeinverfügung richtet sich dabei an einen nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbaren Personenkreis. Konkret sind das Personen, die alkoholische Getränke oder anderen berauschende Mittel im beschriebenen Geltungsbereich konsumieren und sich dort im nach außen deutlich sichtbaren Rauschzustand aufhalten.

Die Verbote sind erforderlich, weil die Regelungen der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Vreden (ÖSiVO) keine speziellen Normen für ein Alkoholverbot auf einzelnen öffentlichen Plätzen enthalten.

Durch das Alkohol- und Aufenthaltsverbot wird gewährleistet, dass sich die Anzahl alkoholisierter Personen im Geltungsbereich vermindert. Auf diesem Wege kann die Belästigung und Gefährdung Dritter vermieden und verhindert werden.

Die Allgemeinverfügung ist auch verhältnismäßig.

Es handelt sich hierbei um ein geeignetes, erforderliches und angemessenes Mittel, um die von alkoholisierten Personen ausgehenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren. Das Alkoholverbot ist insbesondere angemessen, da es sich hier nicht um ein generelles Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen handelt. Es handelt sich vielmehr um ein räumlich abgegrenztes Verbot für bestimmte Bereiche im Stadtgebiet Vredens.

Bei Verstößen gegen die Allgemeinverfügung können gemäß § 24 Ziffer 13 OBG in Verbindung mit § 34 des Polizeigesetzes NRW (PolG) Platzverweise und Aufenthaltsverbote ausgesprochen werden.

Außerdem können Zwangsmittel wie z.B. Zwangsgelder nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz – VwVG angedroht und festgesetzt werden.

Bußgeldbewehrte allgemeine Verstöße z.B. gegen die ÖSiVO können zudem repressiv mit Bußgeldern bis zu 1.000 € geahndet werden.

Die Allgemeinverfügung wird befristet bis zum 31.12.2023. Damit soll gerade der verstärkt in den Sommermonaten festzustellende Aufenthalt zum Alkoholkonsum verhindert werden. Mit dem Zeitablauf der Allgemeinverfügung wird bewertet, ob eine Verlängerung des Verbotszeitraumes notwendig ist.

### **3. Anordnung der sofortigen Vollziehung**

Gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) wird die sofortige Vollziehung dieser Verfügung angeordnet.

Das bedeutet, dass auch bei Einlegung eines Rechtsmittels die Verbote der Allgemeinverfügung zu beachten sind.

Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass unter den dargelegten Umständen sowie den Erfahrungen mit den einschlägigen Personengruppen weitere Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begangen werden und sich der beanstandete Zustand verfestigt. Diese Einschätzung zwingt zu zeitnahe Handeln. Es liegt somit im dringenden öffentlichen Interesse, dass durch das Einlegen von Rechtsmitteln die Durchsetzbarkeit der verfügten Auflagen nicht auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wird. Die Gefahr, die von alkoholisierten Personen in den genannten Bereichen ausgeht, ist höher einzuschätzen als persönliche Interessen an der aufschiebenden Wirkung eines eingelegten Rechtsmittels.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Münster, Piusallee 38, 48147 Münster, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Die Klage kann auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Abs. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Hinweis:

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de)

*Hinweis der Verwaltung:*

*Nach § 110 Justizgesetz NRW bedarf es vor der Erhebung einer Anfechtungs- und Verpflichtungsklage grundsätzlich keines Widerspruchsverfahrens mehr. Um unnötige Kosten zu vermeiden empfehle ich Ihnen, sich vor der Erhebung einer Klage zunächst mit mir in Verbindung zu setzen. In vielen Fällen können so etwaige Unstimmigkeiten bereits im Vorfeld einer Klage sicher behoben werden. Die Klagefrist von einem Monat wird hierdurch jedoch nicht verlängert.*

Vreden, 05.12.2022

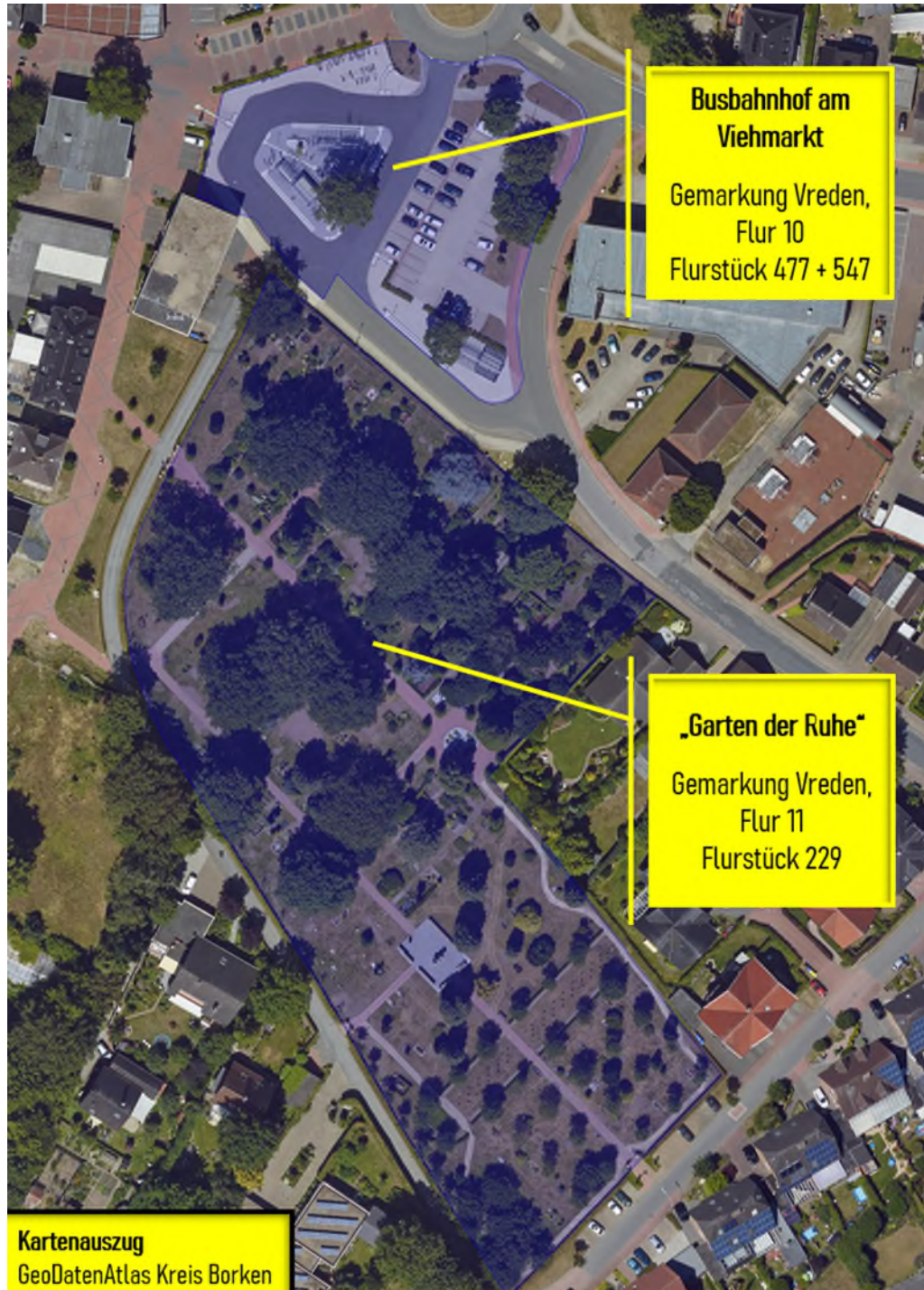
Im Auftrag

Klaus Ahler

Fachabteilungsleiter – Bürgerbüro und Ordnung

**Anlage**  
**zur Allgemeinverfügung der Stadt Vreden vom 05.12.2022**

Darstellung des räumlichen Geltungsbereiches der Allgemeinverfügung





Vreden, 08. Dezember 2022

## Bekanntmachung

**20. Sitzung des Rates der Stadt Vreden**  
am **Freitag, 16. Dezember 2022, 17:00 Uhr**, im  
**Großen Sitzungssaal des Rathauses, Burgstraße 14**

### Tagesordnung

#### **I. Öffentliche Sitzung**

1. Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Vreden vom 27. Oktober 2022  
- Öffentlicher Teil -
2. Einwohnerfragestunde
3. Mitteilung über eingegangene Anträge der Fraktionen sowie über eingegangene Anregungen und Beschwerden 589/2022
4. Änderungen in der Ausschussbesetzung 761/2022
5. Änderungen in den Ausschussbesetzungen 786/2022
6. Neuwahl der Ausschussmitglieder der Gruppe C für den Wasser- und Bodenverband "Großemast-Gaxel" 775/2022
7. Neuwahl des Ausschussmitgliedes der Gruppe C für den Wasser- und Bodenverband "Oberes Berkelgebiet" 774/2022
8. Gebührenbedarfsberechnung 2023 für die kostenrechnende Einrichtung Marktwesen 756/2022  
1. Ergänzung
9. Gebührenbedarfsberechnung 2023 für die kostenrechnende Einrichtung Friedhof 759/2022  
1. Ergänzung
10. Gebührenbedarfsberechnung 2023 für die kostenrechnende Einrichtung Abfallbeseitigung und Erlass der sechsten Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Vreden 755/2022  
1. Ergänzung
11. Gebührenbedarfsberechnung 2023 für die Unterhaltung der fließenden Gewässer II. Ordnung (C-Beiträge) und Erlass der fünften Änderungssatzung der Satzung der Stadt Vreden über die Erhebung von Gebühren für den Unterhaltungsaufwand für die fließenden Gewässer II. Ordnung 758/2022  
1. Ergänzung
12. Gebührenbedarfsberechnung 2023 für die kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung und Erlass der 41. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Vreden über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren 757/2022  
1. Ergänzung
13. Gebührenbedarfsberechnung 2023 für die kostenrechnende Einrichtung Abwasserbeseitigung 732/2022  
1. Ergänzung
14. Gebührenbedarfsberechnung 2023 für die kostenrechnende Einrichtung Klärschlammentsorgung aus privaten Kleinkläranlagen 731/2022  
1. Ergänzung
15. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kanalanschluss-Beiträgen in der Stadt Vreden vom 08. Dezember 2021 (1. Änderungssatzung) 710/2022  
1. Ergänzung



16.	Beratung und Beschlussfassung Wirtschaftsplan 2023	724/2022	
			1. Ergänzung
17.	Überplanmäßige Aufwendungen im Bereich Brand- und Bevölkerungsschutz	764/2022	
18.	Überplanmäßige Aufwendung für die Maßnahme "Ausbau/Erschließung Gewerbegebiet Lünten 2.BA"	771/2022	
19.	Überplanmäßige Aufwendung für den Übergangsbetrieb zweier Gruppen der Evangelischen Kindertagesstätte Arche Noah	749/2022	
			767/2022
20.	Überplanmäßiger Aufwand im Bereich Gebäude für das Budget "Fassaden-u. Fenstersanierung St. Felicitas-Schule"		
21.	Überplanmäßige Aufwendung für Versorgungsaufwendungen	801/2022	
22.	Einbringung des festgestellten Entwurfes der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Jahr 2023	744/2022	
23.	Ergänzungen und Aktualisierungen zum Vredener Produktbuch 2023	765/2022	
24.	Anerkennung der Jahresrechnung der Musikschule Vreden e.V. für das Jahr 2021	790/2022	
25.	Erlass einer Stellplatzsatzung	609/2022	
			2. Ergänzung
26.	„Wasserstoffinfrastruktur in der Region“ – Letter of Intent (LOI)	640/2022	
			1. Ergänzung
27.	Verschiedenes, Mitteilungen und Anfragen		

## II. Nichtöffentliche Sitzung

28.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Vreden vom 27. Oktober 2022 - Nichtöffentlicher Teil -		
29.	Verschmelzung der SVS-Versorgungsbetriebe GmbH mit den Stadtwerken Ahaus GmbH	87/2022	
30.	Beteiligung der LokalNET an der Netzinfrastrukturgesellschaft Nordwest GmbH & Co KG	797/2022	
31.	Dienstleistungszentrum Gaxel - Nachtrag zur Kooperationsvereinbarung	784/2022	
32.	Sachstandsbericht über die Grundstücksvergaben	778/2022	
33.	Tausch von Grundstücksflächen	783/2022	
34.	Tausch von Grundstücksflächen	792/2022	
35.	Ankauf von Ökopunkten	650/2022	
36.	Verlängerung des Auftrages für die Gebäudereinigung	793/2022	
37.	Vergabe der Arbeiten an den Geräteraumtorelementen und Brandschutz-türanlagen an der Sporthalle in Ellewick	779/2022	
38.	Vergabe des Auftrags Abbrucharbeiten im Zuge der Nutzungsänderung der Hamalandhalle	794/2022	
39.	Vergabe des Auftrags Gerüstbauarbeiten im Zuge der Nutzungsänderung der Hamalandhalle	795/2022	
40.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW über die Vergabe der Rohbauarbeiten im Zuge der Nutzungsänderung der Hamalandhalle	796/2022	
41.	Verleihung einer Ehrenbezeichnung	788/2022	
42.	Verschiedenes, Mitteilungen und Anfragen		